

Margot Schüller

Irrwege und Erfolge in der wirtschaftlichen Entwicklung der VR China zwischen 1949 und 1999

1 Einleitung

Die schwierige Ausgangslage für die wirtschaftliche Modernisierung und die ideologischen Vorstellungen der politischen Elite prägten den Entwicklungsweg der Volksrepublik China in den ersten drei Dekaden seit ihrer Gründung vor 50 Jahren. Unter den Rahmenbedingungen eines sozialistischen Wirtschaftssystems konnten zwar bis Ende der 70er Jahre erhebliche Fortschritte bei der Industrialisierung sowie bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung hinsichtlich Ernährung, Gesundheit und Bildung erreicht werden. Diese Erfolge waren jedoch mit enormen sozialen Kosten und Strukturverzerrungen in der Wirtschaft verbunden. Ohne die Anfang der 80er Jahre begonnene Reform des Wirtschaftssystems und die damit verbundenen positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und den Lebensstandard wäre es für die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) sehr schwer geworden, sich gegenüber der Bevölkerung weiter zu legitimieren.

Bei der Wirtschaftsreform wurde ein gradualistischer, phasenweiser Reformansatz verfolgt, der sich als relativ erfolgreich erwies, allerdings nicht unumstritten ist und auch zahlreiche negative Nebenwirkungen zur Folge hatte. Der Übergang zu einer Marktwirtschaft ist Ende der 90er Jahre noch nicht gänzlich vollzogen. Unter dem Eindruck der Asienkrise und der damit verbundenen Einbrüche im Wirtschaftswachstum wird die Kommerzialisierung des Unternehmens- und Bankensektors nur sehr vorsichtig umgesetzt, um eine Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Die binnenwirtschaftliche Liberalisierung war Voraussetzung für Chinas Integration in die globale Wirtschaft. Bei der außenwirtschaftlichen Liberalisierung wurden zwar ebenfalls große Fortschritte gemacht, doch stehen noch tiefere Reformen aus, wie sie von den WTO-Mitgliedsländern in den Beitrittsverhandlungen von China gefordert werden.

Die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft war vor allem in den letzten 20 Jahren sehr erfolgreich. Dies wird anhand von Indikatoren wie internationale Wettbewerbsfähigkeit, Technologieniveau und Produktivität deutlich. Allerdings begleiten vielfältige soziale Herausforderungen den wirtschaftlichen Transformationsprozess;

hierzu zählen vor allem wachsende Arbeitslosigkeit und Einkommensunterschiede.

Im vorliegenden Beitrag sollen zunächst die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen betrachtet werden, die Einfluß auf die Wahl der Entwicklungsstrategie hatten. Welche Kosten mit den „sozialistischen Irrwegen“ verbunden waren, wird anschließend näher betrachtet. Im vierten Abschnitt wird der Blick auf die Anfang der 80er Jahre begonnene Transformation der Plan- in eine Marktwirtschaft gerichtet, die einen neuen Versuch der chinesischen Führung darstellt, das Wirtschaftssystem zu modernisieren. Nach einer kurzen Betrachtung der noch immer unvollendeten Reform des Unternehmens- und Bankensektors werden abschließend die außenwirtschaftliche Entwicklung sowie die sozialen Herausforderungen des Transformationsprozesses näher erörtert.

2 Startbedingungen des „Neuen Chinas“

Wie sahen die wirtschaftlichen Startbedingungen des „Neuen Chinas“ aus? Zur Beantwortung dieser Frage sollten nicht nur die wirtschaftlichen Rahmendaten bei Gründung der VR China herangezogen, sondern ein längerer Entwicklungszeitraum bis 1949 betrachtet werden, der über den Niedergang der Qing-Dynastie und die Leistungen der Guomindang-Regierung in der Republikzeit Aufschluß gibt. Zu den Erfolgen in der Qing-Dynastie zählt Maddison (1998) die bemerkenswerte Zunahme der Bevölkerung. Allein im Zeitraum 1700 bis 1820 erhöhte sich die chinesische Bevölkerung von 138 auf 381 Mio. Menschen. Die Bevölkerungszahl lag damit um rd. das Achtfache höher als in Japan, und es lebten schon zu dieser Zeit mehr als doppelt so viel Menschen in China als in Europa. Der Anstieg der Bevölkerung ging einher ohne eine Verschlechterung des Lebensstandards. Durch die enorme Ausweitung des Territoriums (Vergrößerung auf rd. 12 Mio. km², das Doppelte der Ausdehnung von 1680), entstand außerdem ein Gefühl der Sicherheit vor äußerer Bedrohung.

Diese Situation änderte sich im 19. Jahrhundert drastisch. Es kam zu vielen Aufständen gegen die Qing-Dynastie, die nur schwer und sehr kostenträchtig unterdrückt werden konnten. Der längste Aufstand, der Taiping-Aufstand, dauerte 14 Jahre und war mit enormen Verwüstungen der Provinzen in Zentralchina verbunden und schwächte die Fähigkeit der Zentralregierung, die großen Infrastrukturprojekte instand zu halten. So verfielen die Deiche am Gelben Fluß, und der große Kanal, auf dem Getreide von Hangzhou nach Beijing transportiert wurde, versandete. Die inländischen Probleme verschärfen sich mit den Angriffen äußerer Feinde, die vom Meer her nach Südchina eindringen. Im Gegensatz zur japanischen Elite war die chinesische nicht in der Lage, diese von außen kommende Bedrohung richtig einzuschätzen. Die Hauptstadt lag weit entfernt, es gab kaum Interesse am Außenhandel, kaum Kenntnisse über die Geographie, Technologie oder Sprachen des Westens. Die Kolonialisierung bestimmter Regionen durch Frankreich, England und Rußland und später Japan schwächte die Zentralregierung, die nach dem Boxer-Aufstand zusammenbrach. Die neu gegründete Republik China zeigte sich jedoch zu schwach, um die vielfältigen Probleme zu lö-

Tabelle 1: Chinas geopolitische Position zwischen 1820-1995

	1820	1890	1913	1952	1978	1995
Anteil am Welt-BIP	32,4	13,2	9,1	5,2	5,0	10,9
Anteil an der Weltbevölkerung	36,3	26,2	24,7	21,8	22,4	21,3
BIP-Rangfolge	1	2	3	3	4	2
Anteil am Weltexport	k.A.	1,7	1,6	1,0	0,8	2,9

Quelle: Maddison, Angus (1998), *Chinese Economic Performance in the Long Run*, OECD Development Centre, S.56.

Tabelle 2: Struktur des Bruttoinlandsprodukts, 1890-1995

	1890	1952	1978	1995
Ackerbau, Fischerei, Forstwirtschaft	68,5	58,6	33,7	23,2
Industrie	8,1	9,9	34,7	41,1
Bauwesen	1,7	1,7	3,3	5,8
Transport und Kommunikation	5,5	2,4	3,5	5,2
Handel und Gastronomie	8,2	6,5	5,0	7,3
Sonstige Dienstleistungen (einschließlich staatlichen)	8,0	20,9	19,7	17,4
BIP	100	100	100	100

Quelle: Maddison, Angus (1998), *Chinese Economic Performance in the Long Run*, OECD Development Centre, S.56.

sen. Vor allem gelang es ihr nicht, die Bodenreform gegen den Widerstand der Grundbesitzer umzusetzen und die Korruption einzudämmen.¹ Im Krieg gegen Japan mußte die Hauptstadt Nanjing nach Chongqing verlegt und die Besetzung Nordostchinas - der Mandschurei - durch Japan geduldet werden. Nachdem die Japaner 1945 von den USA besiegt worden waren, kam China immer noch nicht zur Ruhe, denn 1946 setzte der Bürgerkrieg zwischen der Guomindang-Regierung und den Anhängern der KPCh ein, der drei Jahre dauerte.²

Diese drastische Veränderung der politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen führte zu einer krisenhaften Entwicklung der chinesischen Wirtschaft mit der Folge, daß Chinas Anteil am Weltsozialprodukt von 32% im Jahre 1820 schrittweise auf 5,2% im Jahre 1952 zurückging (Tabelle 1).³

Die von der neuen politischen Führung angestrebte wirtschaftliche Modernisierung sah sich 1949 vielfältigen Problemen gegenüber. So waren von den politischen Wirren der Kriegs- und Bürgerkriegszeit die landwirtschaftliche Infrastruktur und die Getreideproduktion empfindlich betroffen worden. Der Getreideoutput pro Kopf lag 1952 bei lediglich 288 kg, der Anteil der bewässerten Anbauflächen bei 19%. Die unzureichende Entwicklung des Bildungssystems spiegelte sich in einer durchschnittlichen Schulausbildung der Bevölkerung von 1,7 Jahren wider. Auch das Gesundheitssystem war unterentwickelt, und die durchschnittliche Lebenserwartung lag 1950 bei 38 Jahren. China war nahezu eine völlige Agrargesellschaft mit einem Anteil der städtischen Be-

völkerung von lediglich 12% (Tabelle 3).

Tabelle 3: Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung in China im Vergleich 1952-1995

	1952	1995
Bevölkerung (Mio.)	574,8	1.211,21
Lebenserwartung	38*	69
Bildungsniveau (Pro Person/Jahre)**	1,7	8,93
Urbanisierungsgrad (Anteil der städtischen Bevölkerung %)	12,46	29,04
Pro-Kopf-Getreideoutput (kg)	288,13	387,28
Anteil des bewässerten Agrarlandes (%)	18,5	51,9

*für 1950; ** bezieht sich auf Ausbildungsdauer von Personen, die älter als 15 Jahre sind.

Quelle: Lebenserwartung, Bildungsniveau, Anteil des bewässerten Agrarlandes: Maddison, Angus (1998), *Chinese Economic Performance in the Long Run*, OECD Development Centre, S.30, S.61; Bevölkerung, Urbanisierungsgrad, Pro-Kopf-Getreideoutput: *China Statistical Yearbook 1998*, S.37, S.105.

Da die Wirtschaft überwiegend agrarisch strukturiert war (Tabelle 2), erschwerte die Schwächung der landwirtschaftlichen Infrastruktur die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. So trug die Landwirtschaft 1952 einen Anteil von 58,6% zum BIP bei, und mit 83% war der überwiegende Teil der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig.⁴

Im internationalen Vergleich begann die wirtschaftliche Modernisierung in China mit einer Bevölkerung von fast 570 Mio. Menschen, die ein sehr niedriges Bildungsniveau aufwies und über ein Pro-Kopf-BIP von 537 Dollar (Kaufkraftparität) verfügte. Die landwirtschaftliche Infrastruktur war geschwächt, und die Transportinfrastruktur unzureichend ausgebaut. So umfaßte z.B. das chinesische

¹Schüller, Margot (1993), „Die Rolle des Staates im Industrialisierungsprozeß Taiwans und der VR China“, in: Draguhn, Werner (Hrsg.), *Neue Industriekulturen im pazifischen Asien*, Hamburg, S.137-164, hier S. 137.

²Maddison, Angus, *Chinese Economic Performance in the Long Run*, OECD Development Centre, 1998, S.39-46.

³Der wirtschaftliche Niedergang Chinas erfolgte zeitgleich mit dem Aufstieg der USA.

⁴Maddison, a.a.O., S.71.

Tabelle 4: Ausgangsbedingungen im internationalen Vergleich

	China	Indien	Japan	USA	Europa
Länge des Eisenbahnnetzes (km, Jahr 1950)	22.238	54.845	27.401	k.A.	k.A.
Bevölkerung (Jahr 1952, Mio.)	569	372	86	158	402
Bildungsniveau (Jahre, 1950)*	1,60	1,35	9,11	11,27	k.A.
Pro-Kopf-BIP (Basis internat. Dollar, Jahr 1952)	537	609	2.351	10.654	4.374

* Pro Person Ausbildungszeit zwischen 15-64 Jahren.

Quelle: Maddison, Angus (1998), *Chinese Economic Performance in the Long Run*, OECD Development Centre, S.40, S.63.

Eisenbahnnetz 1950 eine Länge von lediglich 22.238 km, während das Streckennetz in Indien doppelt so groß war, und selbst Japan mit nur 86 Mio. Menschen eine stärker ausgebauten Eisenbahnnetz aufwies (Tabelle 4).

3 Sozialistische Irrwege

Welcher Entwicklungsweg von der politischen Elite 1949 eingeschlagen wurde, ist nicht nur unter Berücksichtigung der binnenwirtschaftlichen Ausgangslage zu verstehen, sondern auch abhängig von den internationalen Rahmenbedingungen gewesen. So war mit Beginn des Koreakriegs zwischen den USA und China eine politische Frontstellung entstanden, und die USA hielten ihr Handelsembargo gegenüber China von 1950 bis 1971 aufrecht. Zwar hatten auch Japan sowie die europäischen Länder gegenüber China ein Handelsembargo verhängt, doch wurde dies beispielsweise von Großbritannien, Japan und den meisten anderen Ländern 1957 wieder aufgehoben. Mit der UdSSR bestanden zunächst sehr enge politische und wirtschaftliche Beziehungen. Nach der Gründung der VR China hatte die UdSSR umfangreiche Kredite zum Ankauf von Anlagen und Ausrüstungen bereitgestellt sowie Wirtschaftsexperten und Techniker nach China entsandt. Als dann die Beziehungen zwischen der UdSSR und China 1960 abbrachen, war China auch wirtschaftlich isoliert von den wichtigsten Ländern der Welt.⁵ Aufgrund dieser teilweise selbst gewählten, teilweise von außen auferlegten Isolation war die chinesische Wirtschaft binnenorientiert und hatte nur das Muster einer sowjetischen Befehlswirtschaft kennengelernt, das dann an „chinesische Merkmale“ angepaßt wurde.

Der Aufbau des sozialistischen Wirtschaftssystems begann nach dem Vorbild der Sowjetunion mit der Verstaatlichung der Industrie und der Kollektivierung der Landwirtschaft. Märkte und Preise wurden weitgehend durch ein Planungssystem ersetzt, und es wurde eine vom Weltmarkt unabhängige Entwicklungsstrategie verfolgt. Anders als in der Sowjetunion behielt der Agrarsektor jedoch seine herausragende Rolle für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie für die Beschäftigung; ferner blieb das Lenkungssystem aufgrund der starken Position der Provinzen weitgehend fragmentiert.

Im landwirtschaftlichen Bereich stellte die Bodenreform, bei der eine Umverteilung des Bodens an landlose Bauern erfolgte,⁶ den ersten Schritt zur Transformation der traditionellen Eigentumsverhältnisse dar. Hierdurch

sollte einerseits der politische Konsens mit den Bauern hergestellt und andererseits die Abschöpfung der agrarischen Überschüsse für die Industrialisierung des Landes nach dem Vorbild des sowjetischen Entwicklungsmodells möglich gemacht werden. Der Kollektivierungsprozeß vollzog sich nach der Bodenreform in verschiedenen Stufen, und zwar von der anfänglichen Bildung von Arbeitsgruppen zur gegenseitigen Hilfe bis zur Zusammenfassung zu Produktionsgruppen, in denen die Bauern kein Eigentumsrecht mehr am Boden besaßen. Mit der Zusammenlegung von Produktionsgenossenschaften zu Volkskommunen ab 1958 entstand eine neue Organisationsform mit verschiedenen entwicklungspolitischen Zielen. So sollten die Volkskommunen insbesondere den Ausbau der landwirtschaftlichen Infrastruktur und die Verbesserung von landwirtschaftlichen Produktionstechniken fördern. Dies waren Aufgaben, die einzelne Genossenschaften nicht allein realisieren konnten und für die notwendige Investitionsmittel von der Zentralregierung nicht zur Verfügung gestellt wurden. Weiterhin sollten die Volkskommunen dazu beitragen, das Problem der Unterbeschäftigung auf dem Lande zu lösen. Bereits Mitte der 50er Jahre galten rd. 35% der ländlichen Arbeitskräfte als unterbeschäftigt. Diese Arbeitskräfte sollten mobilisiert und vor allem beim Bau von Bewässerungssystemen sowie bei der Neugewinnung landwirtschaftlicher Anbauflächen eingesetzt werden. Weiterhin sollten die Volkskommunen die Umsetzung der staatlichen Planungsvorgaben im Agrarbereich erleichtern, da sie gleichzeitig Wirtschaftsverwaltungs- und Regierungsaufgaben wahrnehmen mußten.⁷

Ende 1958 war die Kollektivierung der Landwirtschaft mit dem Aufbau der Volkskommunen, die in ihrer ursprünglichen Konzeption alle Lebensbereiche der ländlichen Bevölkerung durch rigide Handlungsbeschränkungen, Abschaffung des persönlichen Eigentums und der traditionellen Wertvorstellungen verändern wollten, abgeschlossen. In den Folgejahren unterlag das ursprüngliche Konzept jedoch mehrfachen Veränderungen, insbesondere aufgrund des Widerstands der Bauern und nach den Ernteeinbrüchen und daraus folgenden Hungersnöten der Jahre 1959 bis 1961, bei denen Millionen Menschen starben. Mit Ausnahme der Anfangszeit der Kulturrevolution und in regional unterschiedlichem Maße, blie-

Eigentumsstruktur am Boden. So betrug der Anteil landloser Bauern lediglich 10%. Von den Bauern, die den Boden anbauen, entfiel ein Anteil von 44% auf Eigentümer, die ihr Land selbst bewirtschafteten: 23% waren Bauern, die zum Teil Eigentümer und zum Teil Pächter waren, und 33% der Bauern waren nur Pächter. Siehe dazu u.a. Maddison, a.a.O., S.69.

⁷Schüller, Margot (1990), *Reform der ländlichen Eigentumsrechtsstrukturen in China 1978 bis 1987*, Frankfurt a.M., S.143.

⁵Maddison, a.a.O., S.85.

⁶Gegen die Argumentation der KPCh, daß China bei der Gründung der VR China ein feudaler Staat gewesen sei, sprechen verschiedene Untersuchungen in den 30er und 40er Jahren über die

ben auch nach der Kollektivierung eine zumindest teilweise leistungsorientierte Entlohnung, private Parzellen zur Selbstversorgung der bäuerlichen Haushalte, ländliche Märkte, privater Handel und bäuerliche Nebenerwerbsmöglichkeiten bestehen. Während der Kulturrevolution versuchte die KPCh mit ideologischen Kampagnen die privatwirtschaftlichen Aktivitäten der Bauern außerhalb der kollektiven Produktionsorganisationen zu unterdrücken und sozialistische Zielvorstellungen, insbesondere einen höheren Kollektivierungsgrad⁸, durchzusetzen. Einerseits konnte zwar mit der Abschöpfung agrarischer Überschüsse die Industrialisierung entsprechend dem sozialistischen Entwicklungskonzept beschleunigt werden, andererseits jedoch wiesen verschiedene Indikatoren Mitte der 70er Jahre auf die enormen Defizite dieses Konzeptes hin.

Die Pro-Kopf-Agrarproduktion stagnierte, der landwirtschaftliche Output wies einen niedrigen Diversifikationsgrad auf, und der Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung war rückläufig. Der gesamte Agraroutput wies Wen (Tabelle 5) zufolge zwischen 1957 und 1978 lediglich eine jährliche durchschnittliche Wachstumsrate von 2,33% auf, die deutlich niedriger als in den darauffolgenden Jahren lag. Die Gesamtfaktorproduktivität verzeichnete sogar eine negative Wachstumsrate von durchschnittlich 1,53%; in der anschließenden Periode 1978-87 lag sie dagegen bei 6%. Zu den Ursachen dieser Entwicklung zählten u.a. die zu optimistischen Vorstellungen über den Beitrag der überschüssigen Arbeitskräfte zur Kapitalbildung. Da die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft von Anfang der 60er bis Mitte der 70er Jahren um 20% zunahm, verbesserte sich die Arbeitsproduktivität im Agrarsektor auch nicht. Gleichzeitig führte die staatliche Preispolitik mit relativ niedrigen Ankaufspreisen für Agrarprodukte gegenüber vergleichsweise hohen Preisen für industrielle Inputs dazu, daß die landwirtschaftlichen Einkommen der Bauern stagnierten. Darüber hinaus verhinderte die rigide Wohnsitzkontrolle als künstliche Barriere zwischen Stadt und Land die Abwanderung überschüssiger Arbeitskräfte in die Städte.

Tabelle 5: Veränderungsraten des Brutto-Agraroutputs und der Gesamtfaktorproduktivität (jährliche durchschnittliche Wachstumsraten)

	1952-57	1957-78	1978-87
Brutto-Agraroutput	4,56	2,33	6,93
- Laufende Inputs	11,20	7,63	-0,53
- landwirt. Beschäftigung	1,36	2,20	1,29
- Landgewinnung	1,92	-0,43	-0,63
- Kapital	6,03	4,32	4,48
- Gesamtfaktorproduktivität	0,08	-1,53	6,00

Quelle: Wen, G.J. (1993), „Total Factor Productivity Change in China's Farming Sector: 1952-89“, in: *Economic Development and Cultural Change*, October, zitiert in: Maddison, a.a.O., S.75.

⁸Dieser spiegelte sich darin wider, daß nicht die Produktionsgruppe, sondern die Produktionsbrigade als größere Organisationseinheit als wirtschaftliche Basiseinheit angestrebt wurde.

In der städtischen Wirtschaft wurde ab 1949 der staatliche Monopolanspruch in allen Bereichen durchgesetzt. Der Wiederaufbau und die schnelle Entwicklung der Schlüssel- und Versorgungsindustrien waren die wichtigsten Ziele der Regierung in der Rekonstruktionsphase (1949-52). Um die extreme Inflation (1949: 700%) einzudämmen, wurde das Bankwesen unter staatliche Kontrolle gestellt. Die Transformation der Eigentumsstruktur in der Industrie begann mit der Beschlagnahme von Auslandsunternehmen und inländischer Großunternehmen sowie mit der Verstaatlichung der Transport- und Verkehrsunternehmen. Die privaten kleinen und mittleren Betriebe durften zunächst noch bestehen bleiben. Durch das staatliche Handelsmonopol und Enteignungen verloren dann bis Mitte der 50er Jahre auch die verbliebenen 7-8 Mio. privaten Unternehmer ihre Existenzgrundlage.⁹

Die Vorstellung der wirtschaftlichen Modernisierung wollte die politische Führung mit Hilfe des sowjetischen Entwicklungsmodells umsetzen. Es wurde eine schnelle Industrialisierung mit bevorzugter Entwicklung der Schwerindustrie begonnen und ein Planungssystem für den ersten Fünfjahresplan (1953-57) aufgebaut. Für die einzelnen Industriesektoren und die wichtigsten Rohstoffe und Produktionsmittel wurden Planungsziele festgelegt, z.B. für Kohle, Stahl, Zement und Maschinenbauprodukte sowie für Investitionsprojekte und ihre Finanzierung. Preise und Löhne wurden administrativ fixiert. Die staatliche Preispolitik schöpfte Überschüsse aus dem landwirtschaftlichen Sektor ab, und gleichzeitig konnte die Regierung über eine Beschränkung der betrieblichen Löhne den privaten Konsum begrenzen.

Da durch die besondere Förderung des Industriesektors im 1. Fünfjahresplan extrem hohe Wachstumsraten erzielt worden waren, glaubte die chinesische Führung unter völliger Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Kapazitäten, innerhalb weniger Jahre das Industrialisierungsniveau westlicher Staaten erreichen zu können. Als Motto der Entwicklungspolitik des „Großen Sprungs“ (1958-61) wurde deshalb das Ziel 'Amerika und England einholen und überholen' formuliert; als Erfolgsmaßstab galt u.a. der Stahloutput. Tausende neuer Fabriken entstanden, die Eisen und Stahl von allerdings kaum verwertbarer Qualität erzeugten. Um die geplanten Mengen zu erreichen, wurden in manchen Gebieten alle Eisenprodukte, sogar Bahnschienen und Kochtöpfe, eingeschmolzen. Ländliche Arbeitskräfte wurden von der Ernte abgezogen und in der Industrieproduktion eingesetzt. Die Konzentration auf die Schwerindustrie führte zur Vernachlässigung anderer Wirtschaftsbereiche und enormen Einbrüchen in der landwirtschaftlichen Produktion. Das sowjetische Entwicklungsmodell wurde in den folgenden Jahren stärker chinesischen Realitäten angepaßt, insbesondere hinsichtlich der Gewichtung der Landwirtschaft, obwohl nach wie vor der überwiegende Teil der staatlichen Investitionen in die Industrieentwicklung floß.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Städten wurde auch durch die Mitte der 60er Jahre beginnende Kulturrevolution beeinträchtigt, vor allem in der Anfangsphase. Lokale Partei- und Regierungsorganisationen wurden

⁹Kraus, Willy (1989), *Private Unternehmerwirtschaft in der Volksrepublik China. Wiederbelebung zwischen Ideologie und Pragmatismus*, Hamburg, S.47-58.

vieleorts entmachtet, die Planungs- und Kontrollinstitutionen gelähmt, die Produktion in den Staatsbetrieben ging zurück, und es kam zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen der Infrastruktur. Viele Planungskompetenzen wurden von der Zentrale auf die Provinzen, Städte und Kreise verlagert. Die ab Anfang der 70er Jahre verfolgte Politik der Selbstversorgung von Provinzen, Städten und Kreisen, die mit dem Aufbau einer unabhängigen Industriestruktur und mit lokaler Selbstversorgung bei Kohle, Stahl, Eisen, Elektrizität und Landwirtschaftsmaschinen einherging, begünstigte den regionalen Wirtschaftsegoismus von Lokalregierungen, die hauptsächlich an der Verbesserung der eigenen Wirtschaft interessiert waren. Die Durchsetzungsfähigkeit der zentralen Planung beschränkte sich fortan auf strategisch wichtige Güter, und es entstanden schon in dieser Zeit Konflikte, die durch ein Nebeneinander lokaler und zentraler Interessen hervorgerufen wurden.

Die industrielle Entwicklung Chinas hat zwar zwischen 1949 und 1978 große Fortschritte gemacht, und die Industrie wurde zum Motor des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Die Wachstumsraten im Industriesektor lagen mit durchschnittlich 9,6% sogar noch höher als in der Reformperiode ab 1978. Dagegen stieg die Arbeitsproduktivität lediglich um durchschnittlich 3,1% pro Jahr zwischen 1952 und 1978 (Tabelle 6). Nach Schätzungen von Chen floß sehr viel Kapital in den Industriesektor. Seinen Berechnungen zufolge stieg der Kapitalstock in den staatseigenen Industrieunternehmen zwischen 1952 bis 1978 um jährlich 13,3%. Wird diese Wachstumsrate für den gesamten Industriesektor herangezogen, dann lag die Gesamtfaktorproduktivität in diesem Zeitraum bei lediglich 0,5% pro Jahr.¹⁰

Tabelle 6: Wachstumsraten in Industrie und Bausektor (durchschnittliche jährliche Wachstumsraten %)

	Industrie		Bausektor	
	1952-1978	1978-1995	1952-1978	1978-1995
Wertschöpfung	9,6	8,5	7,2	11,1
Beschäftigung	6,3	3,5	4,4	8,3
Arbeitsproduktivität	3,1	4,8	2,7	2,6

Quelle: Maddison, a.a.O., S.79.

Mit der extensiven Wachstumsstrategie und dem administrativen Lenkungssystem waren vielfältige negative Folgewirkungen verbunden. Staatliche Planung und fehlender Wettbewerb waren die Ursachen für eine „Tonnenideologie“, die Qualitätsaspekte vernachlässigte. Das Planungssystem hatte den Markt ersetzt, so daß nicht mehr die Marktnachfrage, sondern die Verwaltung bestimmte, was die Unternehmen produzieren sollten. Die staatlichen Unternehmen standen weder im Wettbewerb zueinander noch gerieten sie durch ausländische Konkurrenz unter Anpassungsdruck. Niedrige Rohstoff- und Energiepreise sowie niedrige Löhne sicherten den staatlichen Unternehmen stets Gewinne, so daß auch aus diesen Gründen kei-

ne Anreize zu Effizienzsteigerungen bestanden. Die Ineffizienz des staatlichen Sektors spiegelte sich in niedrigen Zuwächsen der Arbeitsproduktivität und in einem hohen Energiekonsum wider. Ein verzerrtes Preissystem mit niedrigen Rohstoffpreisen, das die Förderung der Schwerindustrie unterstützte, sowie veraltete Technologien begünstigten die Mittelverschwendung in der Industrieproduktion.

Unter den o.g. Rahmenbedingungen ist es nicht erstaunlich, daß Chinas Anteil am globalen Sozialprodukt bis 1978 weiter auf 5% zurückging; der Anteil am Weltexport lag mit 0,8% sogar noch niedriger als 1952 (Tabelle 1).

4 Wandel vom Plan zum Markt

Die neue politische Führung unter Deng Xiaoping leitete nach dem Tod Mao Zedongs und der Entmachtung der „Viererbande“ einen Wandel des Wirtschaftssystems ein, der sich in der Ex-post-Betrachtung als Transformation von einem Planungssystem in eine Marktwirtschaft darstellt. Ohne die Anfang der 80er Jahre begonnene Wirtschaftsreform mit ihren positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und den Lebensstandard hätte sich die KPCh wohl kaum mehr gegenüber der Bevölkerung legitimieren können. Allerdings war zunächst keine kohärente Reformstrategie mit dem Ziel eines Systemwechsels zu einer Marktwirtschaft erkennbar. In der ersten Phase der Wirtschaftsreform von 1979 bis 1984 wurden durch die beschränkte Zulassung von Preisen und Märkten Anreize zu Effizienzsteigerungen im Rahmen einer „geplanten Wirtschaft mit Ergänzung durch Marktregulierung“ gesetzt. Im Verlauf der 80er Jahre veränderte sich dann die offizielle Definition des Wirtschaftssystems in „geplante Warenwirtschaft“ und später in „Wirtschaft, in der der Staat den Markt reguliert und die Märkte die Unternehmen regulieren.“ Erst auf dem 14. Parteitag der KPCh im Oktober 1992 wurde das Konzept einer „sozialistischen Marktwirtschaft mit chinesischen Merkmalen“ als Ziel der Transformation des Wirtschaftssystems verabschiedet.¹¹

Eine radikale Wirtschaftsreform wurde anfänglich weder von der politischen Führung noch von der Gesellschaft als notwendig und politisch realisierbar eingeschätzt. Obwohl die Pro-Kopf-Produktion wichtiger landwirtschaftlicher Produkte stagnierte und das Angebot an Konsumgütern unzureichend war, signalisierten die makroökonomischen Indikatoren keine schwerwiegende Krise. Es wurde davon ausgegangen, daß durch eine Politik der „Readjustierung, Umstrukturierung, Konsolidierung und Verbesserung der Nationalökonomie“¹² die wirtschaftlichen Probleme behoben werden konnten, die auf „linke Fehler“ zurückgeführt wurden, und daß das sozialistische Planungssystem nicht notwendigerweise gänzlich durch den Markt ersetzt werden mußte.¹³ Allerdings verbreiteten sich die

¹¹ Cao, Yuan Zheng, Gang Fan und Wing Thye Woo (1998), „Chinese Economic Reforms: Past Successes and Future Challenges“, in: Wing Thye Woo, Stephen Parker and Jefferey D. Sachs (eds.), *Economies in Transition: Comparing Asia and Eastern Europe*, Cambridge, S.3.

¹² *The Sixth Five-Year Plan of the People's Republic of China for Economic and Social Development (1981-85)*, Beijing, 1985, S.13.

¹³ Sachs, Jefferey D. and Wing Thye Woo, „Chinese Economic Growth: Explanations and the Tasks Ahead“, in A.M. Babkina (ed.),

¹⁰ Maddison, a.a.O., S.83 bezieht sich hier auf Chen et al. (1988), „New Estimates of Fixed Investment and Capital Stock for Chinese State Industry“, *The China Quarterly*, June.

lokalen Reformexperimente im Agrarsektor, die 1978 begonnen wurden, wesentlich schneller als von der Zentralregierung ursprünglich beabsichtigt. Die zunächst nur in einigen Regionen praktizierte familienbezogene Verpachtung des Landes an die Bauern trat an die Stelle kollektiver Eigentumsrechte am Boden und führte zum Zusammenbruch des kollektiven Produktionssystems und damit zur Auflösung der ländlichen Volkskommunen. Das staatliche Handelsmonopol wurde aufgebrochen, und die Bauern erhielten Gewerbefreiheit und beschränkte Migrationsmöglichkeiten.

Diese erste Phase der wirtschaftlichen Transformation war mit erheblichen Produktionssteigerungen und Produktivitätszuwächsen verbunden. Der institutionelle Umbau in der Landwirtschaft vergrößerte die wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten der ländlichen Bevölkerung, und die Anhebung der staatlichen Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte erhöhte die Einkommen der Bauern. In dieser Anfangsphase der Reform konnten Millionen Bauern die absolute Armut überwinden. Diese positiven Ergebnisse kamen nahezu „kostenlos“, da nur die Restriktionen gegenüber einem stark beschränkten Sektor reduziert wurden. Auch die partiellen Reformen im Außenhandelssystem und im Rahmen der geographisch beschränkten außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik waren mit vielen positiven Resultaten verbunden, die die Basis für weitere Veränderungen bildeten.

Die besondere Wirtschaftsstruktur Chinas begünstigte den Erfolg der Reformen in der ersten Phase. So erleichterte die Anhebung der staatlichen Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte den Übergang zur familienbezogenen Bewirtschaftung, die überschüssige Arbeitskräfte freisetzte. Ein großer Anteil dieser Arbeitskräfte wurde von nichtstaatlichen Industriebetrieben auf dem Land und vom Dienstleistungssektor absorbiert. Da der staatliche Industriesektor nur eine relativ geringe Zahl der Arbeitskräfte beschäftigte und die Produktionsstrukturen weniger verzerrt waren als in der ehemaligen Sowjetunion, insbesondere hinsichtlich der Bedeutung der Rüstungsindustrie, war China nach Einschätzung der Weltbank in der Lage, zunächst weitreichende Reformen in der staats-eigenen Industrie aufzuschieben.¹⁴

Die Regierung stellte dann Mitte der 80er Jahre ein relativ umfangreiches Reformprogramm für die städtische Wirtschaft vor. Im Zentrum standen weitere Reformschritte zur Umstrukturierung der Staatsunternehmen sowie des Planungs- und Preissystems.¹⁵ In dieser zweiten Reformphase war der zweigleisige Ansatz mit einem Nebeneinander von Markt und Plan in nahezu allen Politikbereichen wie Preisregulierung, Unternehmensreform, Regionalpolitik, Außenhandel und Währungspolitik von entscheidender Bedeutung für den Transformationsprozeß.¹⁶ Während die Agrarreform relativ problemlos durchgesetzt werden konnte, erwies sich die Umstrukturi-

erung des staatlichen Industriesektors jedoch als weitaus schwieriger, da begleitende Reformen in anderen Wirtschaftsbereichen notwendig wurden und Effizienzsteigerungen gegen die Interessen von Partei- und Regierungskadern sowie der Beschäftigten durchgesetzt werden mußten.¹⁷

Daß ein nichtstaatlicher Sektor außerhalb des Planungssystems entstehen konnte, war aus Sicht von Brus noch wichtiger für den Erfolg der wirtschaftlichen Transformation gewesen als die Agrar- oder die Außenwirtschaftsreform.¹⁸ Der Beitrag des nichtstaatlichen Sektors zum Wirtschaftswachstum und zur Beschäftigung schützte den Staatssektor und seine Beschäftigten vor radikalen Reformen sogar bis Anfang der 90er Jahre. Allerdings gingen die Gewinne der staatseigenen Unternehmen kontinuierlich zurück, vor allem in Branchen mit geringen Zutrittsbarrieren für nichtstaatliche Unternehmen. Die Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit nichtstaatlicher Unternehmen, die stagnierende Absatzentwicklung sowie staatlich vorgegebene Kosten für die Beschäftigung überschüssiger Arbeitskräfte und ihre soziale Absicherung erhöhten den Anpassungsdruck für die Staatsunternehmen.¹⁹

Bis Ende der 80er Jahre konnte ein hohes Wirtschaftswachstum dadurch erreicht werden, daß ein gradualistischer, phasenweiser Reformpfad mit einem Nebeneinander von Markt und Plan verfolgt wurde. Obwohl konservative Kräfte in der Zentralregierung nach dem Tiananmen-Zwischenfall versuchten, bestimmte Reformen rückgängig zu machen, erhöhte sich der politische Druck für weitere wirtschaftliche Liberalisierungsschritte bis 1991 wieder. Im Konzept der „sozialistischen Marktwirtschaft“ von Oktober 1992 wurde dann zum ersten Mal als langfristiges Ziel der Reform die Transformation in eine Marktwirtschaft bestimmt. In den folgenden Jahren erfolgten weitere Reformen, z.B. des Steuersystems, des Staatshaushalts, im Unternehmens- und Bankensektor sowie im Arbeitsmarkt.

Die Reformperiode ist durch zahlreiche wirtschaftliche Erfolge charakterisiert. Das hohe Wachstumstempo von durchschnittlich 9,8% pro Jahr zwischen 1979 und 1997 führte zu einer deutlichen Veränderung der Wirtschaftsstruktur, die den Übergang von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft widerspiegelt (Tabelle 7). Die in der Reformperiode erzielten Effizienzsteigerungen sind beträchtlich (Tabellen 5 und 6), und Chinas internationale Wettbewerbsfähigkeit hat erheblich zugenommen. An den positiven Wirkungen des Wirtschaftswachstums wurde die Bevölkerung beteiligt, so daß sie ihren Lebensstandard nachhaltig verbessern konnte. Allerdings vergrößerten sich im Verlauf des Transformationsprozesses die Einkommensunterschiede. Die Differenzierung der Beschäftigungs- und damit der Lohnstrukturen führte zu einem Auseinanderfallen der Lohneinkommen in den Städten. Weiterhin nahmen die Einkommensunterschiede zwischen den städtischen Gebieten, die stärker in die glo-

Domestic Economic Modernization in China, New York, S.24; Cao, Fan, Woo, a.a.O., S.31.

¹⁴World Bank, *World Development Report 1996, From Plan to Market*, Washington, 1996, S.25.

¹⁵*Decision of the Central Committee of the Communist Party of China on Reform of the Economic Structure* (Adopted by the Twelfth Central Committee of the Communist Party of China at its Third Plenary Session on October 20, 1984), Beijing, 1984.

¹⁶Cao, Fan, Woo, a.a.O., S.20.

¹⁷Rawski, Thomas G. (1999), „Reforming China's Economy: What Have We Learned?“, *The China Journal*, No. 41, January, S.139-156, hier S.142.

¹⁸Brus, Wlodzimierz, „Marketization and Democratization: the Sino-Soviet Divergence“, *Cambridge Journal of Economics*, No. 17 (1993), S.428.

¹⁹Naughton, Barry (1996), *Growing Out of the Plan. Chinese Economic Reform 1978-1993*, Cambridge, S.234; 284-286.

bale Wirtschaft integriert sind, und den ländlichen, vom Weltmarkt isolierten Gebieten, zu. Regionale Einkommensdisparitäten zwischen den Ostküstenprovinzen sowie den Provinzen in Zentral- und Westchina verstärkten sich ebenfalls, insbesondere auch aufgrund der unterschiedlichen Intensität der Integration in internationale Handels- und Kapitalströme. Wird der Gini-Koeffizient als Maßstab zur Entwicklung der Einkommensunterschiede herangezogen, läßt sich eine starke Abweichung von einer anfänglich relativ gleichen Einkommensverteilung im Jahre 1981 (Gini-Koeffizient 0.288) hin zu einer deutlich ungleicheren Einkommensverteilung im Jahre 1995 (0.388) feststellen. Im internationalen Vergleich ist das Ausmaß der Einkommensunterschiede jedoch noch wesentlich geringer als beispielsweise in Lateinamerika und ungefähr gleich groß wie in anderen ostasiatischen Ländern.²⁰

Tabelle 7: Veränderung der Wirtschaftsstruktur (Anteile in %)

	Struktur des Bruttoinlandsprodukts		
	Primärsektor	Sekundärsektor	Tertiärsektor
1980	30,1	48,5	21,4
1997	18,7	49,2	32,1
Arbeitskräftestruktur			
1980	68,7	18,2	13,1
1997	49,9	23,7	26,4

Quelle: *Statistical Yearbook of China 1998*, S.56 und S.128.

Trotz vielfältiger Erfolge sieht sich die chinesische Wirtschaft großen Herausforderungen gegenüber, da die notwendigen weiteren Liberalisierungsschritte im Unternehmens- und Bankensektor nicht ohne negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die soziale Stabilität realisiert werden können.

5 Unvollendete Reform des Unternehmens- und Bankensektors

Obwohl bereits bedeutende Schritte zur Reform des Unternehmens- und Bankensektors unternommen wurden, steht die vollständige Kommerzialisierung der Sektoren auch Ende der 90er Jahre noch aus. Vor allem im staatlichen Industriesektor haben die bisherigen Reformansätze nur sehr begrenzte Erfolge gezeigt. Die Unternehmensreform begann Anfang der 80er Jahre mit einer Erweiterung der Autonomierechte für das Management der staatseigenen Unternehmen, das Entscheidungsrechte über Produktion und Vermarktung sowie über die Einbehaltung von Gewinnanteilen erhielt. Diese Liberalisierungsmaßnahmen trugen jedoch nur wenig zur Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz der Unternehmen bei. Aufgrund mangelnder Transparenz mußten langwierige Verhandlungen zwischen Unternehmensmanagern und Behörden über Gewinnanteile geführt werden, und die Gewinne der Unternehmen wurden durch Planquoten und -preise verzerrt. Mitte der 80er Jahre erfolgte die Einführung der Unternehmensbesteuerung, die zunehmend

an die Stelle der Ablieferung von Unternehmensgewinnen trat. Weiterhin wurde ein duales Preissystem mit staatlichen Preisen für die Ablieferung von Planmengen an den Staat und Marktpreisen für den Verkauf von Überplanmengen auf dem Markt eingeführt. Durch die Reduzierung von Marktzutrittsbarrieren und Zulassung nicht-staatlicher Unternehmen erhöhte sich für die Staatsbetriebe der Konkurrenzdruck.²¹

Ab Mitte der 80er Jahre wurde mit einem Vertragssystem für die Manager der Staatsbetriebe experimentiert. Die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens wurde auf die Betriebsleiter übertragen (Tabelle 8), die im Gegenzug eine Pauschalsteuer an die Lokalbehörden abliefern mußten. Wie bereits bei den vorangegangenen Reformen führte auch dieses System zu ausgedehnten Verhandlungen über die Vertragsinhalte zwischen Unternehmen und Lokalbehörden, einschließlich der Steuerämter und Banken, die alle ein finanzielles Interesse an den Staatsunternehmen hatten. Durch die kurze Vertragsdauer von ein bis drei Jahren bot das Vertragssystem den Unternehmensmanagern nur wenig Anreize, langfristig wirksame Investitionsentscheidungen zu treffen.²²

Tabelle 8: Ausweitung der Entscheidungsrechte in den Staatsunternehmen in den 80er Jahren (%)

	1980	1989
Gewinneinbehaltungsquote ¹	7	39
Gewinneinbehaltungsquote ²	11	27
Autonomie bei Produktionsentscheidungen ³	7	67
Autonomie in der Lohn- und Gehaltspolitik ³	1	35
Verantwortlichkeitssystem für Manager ³	0	88
Neues Management nach 1980 ³	9	94

Anmerkungen: ¹ Vorausgesetzt wurde, daß der Gewinn ein bestimmtes Niveau nicht überschreitet; ² Bei Überschreitung eines bestimmten Gewinnniveaus; ³ Anteile der Unternehmen in der Stichprobe der Unternehmen.

Quelle: World Bank (1997), *China 2020: Development Challenges in the New Century*. Washington, D.C., S.11.

Wie die Staatsunternehmen im Industriesektor reformiert werden sollten, darüber herrschte unter chinesischen Ökonomen durchaus eine unterschiedliche Auffassung. Einige Ökonomen betrachteten die Umstrukturierung der Unternehmen als den Kern des gesamten Reformprozesses. Sie forderten eine Trennung von Verfügungs- und Eigentumsrechten, durch die Anreize für wirtschaftlich selbständige Unternehmen geschaffen werden sollten, ihre Effizienz zu steigern. Nur selbständige Unternehmen, so argumentierten diese Ökonomen, könnten auf indirekte gesamtwirtschaftliche Steueranreize wie Veränderung von Zinsen oder Steuersätzen reagieren. Da die Unternehmen trotz vielfältiger Veränderungen der internen

²¹ World Bank (1994), *The Chinese Economy. Fighting Inflation, Deepening Reforms*, Washington, D.C., S.15ff.

²² World Bank (1997), *China 2020: Development Challenges in the New Century*, Washington, D.C., S.11ff.

²⁰ World Bank (1997) *China 2020: Disparities in China. Sharing Rising Incomes*, Washington, D.C., S.7.

und externen Bedingungen weiterhin ein Anhängsel der Behörden geblieben waren, wurde das Verantwortungssystem nur als eine Übergangsform gesehen und eine Umwandlung der Unternehmen in Kapitalgesellschaften gefordert. Um den Einfluß der Behörden abzubauen, denen die Staatsunternehmen zugeordnet sind, sollte eine neue Behörde zur Verwaltung des staatlichen Vermögens geschaffen werden.²³ Für die Reform der staatseigenen Industriebetriebe stellte die Entscheidung für eine „sozialistische Marktwirtschaft“ eine Trendwende dar. Im November 1993 legte die KPCh ein 50-Punkte-Reformprogramm zur Beschleunigung der Unternehmensreform vor. Diese sollte zunächst über Pilotprojekte in 18 Städten und einer ausgewählten Anzahl von Unternehmen durchgeführt werden. Die wichtigsten rd. 1.000 großen Staatsbetriebe, die mit 66% zu den Gewinnen beitrugen und auf die 51% der Anlagevermögen der Staatsunternehmen entfielen, sollten weiterhin eine zentrale Rolle spielen und in den Schlüsselsektoren Energie, Telekommunikation, Transport, Bergbau, Banken etc. durch Beschränkung der ausländischen Konkurrenz geschützt werden.²⁴

Auch nach 1993 belasteten rückläufige Gewinne und Steuerzahlungen der Staatsunternehmen bei steigendem Subventionsbedarf den Staatshaushalt und das Bankensystem immer stärker. Vor diesem Hintergrund wurden auf dem 15. Parteitag der KPChina im September 1997 für die weitere Reform der Staatsunternehmen die Privatisierung von mittleren und kleinen Staatsunternehmen sowie die Umstrukturierung von Unternehmen in Kapitalgesellschaften oder ihre Fusion zu Unternehmensgruppen beschlossen. Anfang 1997 wurde die Anzahl der Pilotstädte für die Unternehmensreform auf 110 erhöht; anstatt der ursprünglich 1.000 Unternehmen wurden 2.500 Pilotunternehmen ausgewählt.²⁵ Da viele Lokalregierungen im Verkauf und in der Schließung von unrentablen kleinen und mittleren Staatsbetrieben die Möglichkeit sahen, sich schnell von dieser Last zu befreien, kam es zu umfangreichen Entlassungen. Um den unkontrollierten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu begrenzen, erfolgte Mitte 1998 ein Abbremsen bei der Privatisierung von Staatsbetrieben.²⁶

Welche Fortschritte bei der Umgestaltung des staatlichen Sektors bisher realisiert werden konnten, darüber bestehen sehr unterschiedliche Einschätzungen. Eine Reihe von Indikatoren wiesen Mitte der 90er Jahre auf das relativ schlechte Abschneiden der staatseigenen Industriebetriebe im Vergleich zum nichtstaatlichen Sektor hin. Während staatliche Unternehmen nur noch 34% zum Industrieoutput beitrugen, nahmen sie rd. 74% der industriellen Investitionen für sich in Anspruch. Das bedeutete, daß die Kapitalmenge, die für jede Outputmenge eingesetzt wurde, in staatseigenen Industrieunternehmen mehr als doppelt so hoch wie in nichtstaatlichen Unternehmen war. Zwar bestand eine Konzentration der staatlichen Unternehmen in kapitalintensiven Industrien, doch wiesen

landesweite Untersuchungen auf die ineffiziente Nutzung von Investitionsmitteln durch Staatsbetriebe in 37 von 39 Industriebranchen hin. Weiterhin war die Wertschöpfung pro Arbeitskraft in den staatlichen Industrieunternehmen etwa um die Hälfte geringer als in den nichtstaatlichen Unternehmen. Zu den Industriebranchen, die die größten Verluste machten, zählten die Kohleindustrie, die Militär-, Erdöl- und NE-Metallindustrie sowie die Tabakindustrie.²⁷

Ob die Unternehmensreform als erfolgreich angesehen werden kann, hängt vom Beobachtungszeitraum ab. Naughton sieht in den 80er Jahren eine Steigerung der Produktivität der staatseigenen Unternehmen aufgrund stärkerer Anreize und einem höheren Wettbewerbsdruck, der von den nichtstaatlichen Unternehmen ausging.²⁸ Der Rückgang der Gewinne und ihre Angleichung in verschiedenen Industriezweigen wird auch von anderen Ökonomen als Beweis für eine größere allokativen Effizienz bewertet. Woo sieht dagegen in der Ankündigung der KPCh auf dem 15. Parteitag im September 1997, den staatlichen Sektor (teilweise) zu privatisieren, ein Eingeständnis der politischen Führung, daß die Diversifizierung der Eigentumsstrukturen von entscheidender Bedeutung für das Wirtschaftswachstum gewesen ist.²⁹ Zwar sind eine ganze Reihe von staatseigenen Unternehmen durchaus national und international wettbewerbsfähig geworden, doch weisen die meisten einen sinkenden Output, eine rückläufige Beschäftigung sowie Produktivität in den 90er Jahren auf. Der Anteil der Unternehmen, die Verluste machten, stieg bis 1996 auf rd. 50%, ihre Verluste erhöhten sich auf rd. 1% am BIP. Die schwierige Situation vieler Unternehmen wurde außerdem durch die Praxis des *asset-stripping* (Ausschlachtung von Unternehmen) verschärft, in der einige Ökonomen den wichtigsten Grund für die Schwierigkeiten der Staatsunternehmen sehen. Als weitere Gründe für die Probleme der Unternehmen gelten die hohen sozialen Kosten, die diese Unternehmen in Form von Rentenzahlungen und anderen Verpflichtungen tragen müssen und die ihre Gewinne schmälern.³⁰

Obwohl der Anteil der staatseigenen Industrie am Industrieoutput und an der industriellen Wertschöpfung im Verlauf des Reformprozesses kontinuierlich zurückging, fiel der Beitrag der Staatsindustrie zur Beschäftigung lediglich von 52% im Jahre 1978 auf 39% im Jahre 1996. In der verarbeitenden Industrie sank der Anteil staatlicher Beschäftigter am stärksten, und zwar von 46% auf 33% (Tabelle 9).

²³Yue, Bing (1997), *Der chinesische Weg zu einer Marktwirtschaft*, Frankfurt, S.97ff.

²⁴World Bank (1994), *The Chinese Economy. Fighting Inflation, Deepening Reforms*, Washington, D.C., S.19ff.

²⁵„Reform der Staatsunternehmen: Strategien für 1997, Reformserfolge, Probleme“, *China aktuell*, 1997, Mai, S.419-422.

²⁶„Abbremsung der Wirtschaftsreformen? Studie sieht mittelfristig negative Auswirkungen eines verringerten Reformtempo“, *China aktuell*, 1998, August, S.810-811.

²⁷World Bank (1994), *The Chinese Economy. Fighting Inflation, Deepening Reforms*, Washington, D.C., S.159 f.

²⁸Naughton, a.a.O., S.233-235; S.317-317.

²⁹Woo, Wing Thye (1999), „The Real Reasons for China's Growth“, *The China Journal*, Vol. 41, January, S.115-137, hier S.115; S.124-129.

³⁰Rawski, a.a.O., S.151-152.

Tabelle 9: Anteil der staatlichen Beschäftigten in einzelnen Wirtschaftssektoren Ende 1996 (in %)

Sektor	%	Sektor	%
Landwirtschaft	1,8	Handel und Gastronomie	23,4
Bergbau	89,7	Finanz- und Versicherungssektor	71,2
Verarbeitende Industrie	33,0	Immobilien	75,0
Öffentliche Einrichtungen	91,6	Gesundheits- und Sozialdienstleistungen	59,7
Bausektor	17,5	Bildung und Forschung	87,7
Transport und Kommunikation	34,0	Regierung, Partei etc.	98,2

Quelle: *China Statistical Yearbook 1997*; Maddison, a.a.O., S.83.

Die Reform der staatseigenen Industrieunternehmen und der Staatsbanken steht in direktem Zusammenhang, da die Staatsunternehmen die wichtigsten Kunden der Banken sind. Die Banken sehen sich mit vielfältigen Problemen konfrontiert, die sich im Verlauf des Reformprozesses weiter verschärft haben. Hierzu gehört vor allem ihre geringe Kapitaldecke sowie der hohe Anteil uneinbringlicher Kredite der staatlichen Unternehmen. Rund ein Drittel der faulen Kredite gilt als Erbe der Planwirtschaft, ein weiteres Drittel ist eine Folge des überhitzten Investitionsbooms der Jahre 1992-93, und das verbleibende Drittel spiegelt den Mangel an effektiver Kontrolle seit Beginn der Reformen wider.³¹

Chinesische Banken werden von ausländischen Finanzexperten als technisch insolvent angesehen, sind jedoch aufgrund der hohen Sparneigung (Spareinlagen 1997: 8.239 Mrd. Yuan, +18,6% gegenüber 1996) liquide. In den vier Spezialbanken ging zwischen 1985 und 1996 die Eigenkapitalquote von 13,2% auf 3,1% zurück.³² Weiterhin ist der Anteil uneinbringlicher Kredite weitaus höher, wenn internationale Standards herangezogen werden.³³ Anfang 1998 kündigte die Zentralbank ein neues System zur Klassifikation von Krediten in fünf Kategorien an, das sich an BIS-Standards orientieren soll.³⁴

Ein stabiler Finanzsektor ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum, da er die Aufgabe hat, die Ersparnisse zu absorbieren und ihrer bestmöglichen Verwendung zuzuführen. Trotz vielfältiger Reformanstrengungen kann das Bankensystem in China diese Aufgaben erst in beschränktem Umfang erfüllen. Um mehr Wettbewerb im Bankensektor zuzulassen, war zwar ab 1987 die strikte Trennung der Geschäftsfelder, in denen staatliche Spezialbanken tätig waren, aufgehoben und in den Folgejahren auch Auslandsbanken zugelassen worden. Weiterhin wurden sogenannte mittelbare staatliche Banken Ende der 80er bzw. Anfang der 90er Jahre ge-

gründet. Im Jahr 1994 erfolgte mit dem Aufbau sogenannter „politikorientierter“ Banken ein weiterer Schritt zur Reform des Bankensystems mit dem Ziel, die Staatsbanken in wirtschaftlich unabhängige Geschäftsbanken zu verwandeln. Als Voraussetzung hierzu wurde im Mai 1998 eine Rekapitalisierung der Staatsbanken mit dem Ziel beschlossen, ihre Eigenkapitalquote zu erhöhen. Neben der Rekapitalisierung soll die Gründung von Auffangesellschaften für uneinbringliche Kredite der Staatsunternehmen die Banken entlasten. Diese Unternehmen sollen die uneinbringlichen Kredite der Unternehmen in handelbare Wertpapiere umwandeln und verkaufen.³⁵ Trotz all dieser Reformschritte kann jedoch nur mittelfristig und in Abhängigkeit von Erfolgen bei der Unternehmensreform mit einer Sanierung des Bankensystems gerechnet werden.

6 Außenwirtschaftliche Integration

Über außenwirtschaftlich orientierte Reformprozesse können Staaten an wirtschaftlichen Globalisierungsprozessen und der damit verbundenen Öffnung von Märkten, an grenzüberschreitenden Investitionen und Technologietransfer teilhaben.³⁶ Die Länder Ostasiens realisierten aufgrund ihrer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die die Weltbank als eine Mischung aus marktwirtschaftlicher Liberalisierung, selektiver Marktintervention und Exportorientierung bezeichnet, im Außenhandel und bei den Kapitalzuflüssen deutlich höhere Anteile als die Entwicklungsländer in anderen Regionen.³⁷ Chinas Reform des Wirtschaftssystems traf Anfang der 80er Jahre mit einem zunehmenden Globalisierungstrend zusammen und verstärkte diesen. Die binnenwirtschaftliche Liberalisierung führte zu einem Abbau des zentralen Planungssystems, das bis dahin die Ökonomie Chinas und anderer sozialistischer Staaten von den Entwicklungen der globalen Wirtschaft isoliert hatte. Daß China seine importsubstituierende Industrialisierungsstrategie durch eine stärker außenwirtschaftlich orientierte Strategie ersetzte, trug ebenfalls zum Abbau von Barrieren bei der Entwicklung globaler Märkte bei.³⁸

Die teilweise selbst gewählte, teilweise von außen auferlegte Abschottung Chinas hatte bis Mitte der 70er Jahre eine stark binnenwirtschaftlich orientierte Entwicklung zur Folge gehabt. Ausfuhren dienten lediglich zur Importfinanzierung von nicht im Inland hergestellten Produkten. International wettbewerbsfähige chinesische Exportgüter existierten auch nicht. Aufgrund des inländischen Gütermangels hätten außerdem Steigerungen der Exporte die Mangelsituation noch verschärft. Mit der außenwirtschaftlichen Öffnung wurde die Zielsetzung verbunden, das Wirtschaftswachstum und den Strukturwandel

³⁵ „Abwicklung uneinbringlicher Kredite durch Vermögensverwaltungsgesellschaften“, *China aktuell*, 1999, Mai, S.468-469.

³⁶ Qureshi, Zia (1996), „Globalisierung: Neue Chancen, große Herausforderungen“, in: *Finanzierung und Entwicklung*, März, S.30.

³⁷ World Bank (1993), *The East Asian Miracle*, Washington, D.C.

³⁸ Khan, Azizur Rahman (1996), *Globalization, Employment and Equity: The China Experience*. Unveröffentlichtes Manuskript, erstellt für die ILO Regional Office for Asia and the Pacific, Bangkok, Internet www.ilo.org/public/english/270asie/paper/glo_chn.htm. Der Autor weist darauf hin, daß die Globalisierung der Weltwirtschaft kein Phänomen war, mit dem China von außen konfrontiert wurde, sondern daß China an diesem Prozeß durch den Reformprozeß aktiv beteiligt war.

³¹ World Bank (1999), *China. Weathering the Storm and Learning the Lessons*, Washington, D.C., S.33.

³² Lardy, Nicholas (1998), *China's Unfinished Revolution*, Washington, D.C., S.92-93.

³³ Ebenda, S.116-119.

³⁴ „Asiatische Finanzkrise beschleunigt Bankenreform“, *China aktuell*, 1998, Januar, S.20-21.

Tabelle 10: Bedeutung der ausländischen Direktinvestitionen in China

	1991	1995	1997
Ausländische Direktinvestitionen (Mrd. US\$)	4,4	37,5	45,2
Durchschnittliches Projektvolumen (Mio. US\$)	0,9	2,5	2,4
ADI als Anteil an den inländischen Bruttoinvestitionen (%)	4,5	25	k.A.
Exporte der Unternehmen mit Auslandskapital (Mrd. US\$)	12,1	46,6	74,9
Anteil der Exporte von Auslandsunternehmen an Gesamtexporten (%)	17	31,3	41
Anteile des Industrieoutputs der Unternehmen mit Auslandskapital am gesamten Industrieoutput (%)	5	13	23
Beschäftigte in Unternehmen mit Auslandskapital (Mio.)	4,8	16	18 ¹
Anteil der Steuerzahlungen der Auslandsunternehmen am gesamten Steueraufkommen (%)	k.A.	11,2	14,4 ¹

¹ Bezieht sich auf 1998.

Quelle: World Bank (1997), *China 2020: China Engaged. Integration with the Global Economy*. Washington, D.C., S.22; *China Statistical Yearbook 1997*, S.637, S.187, S.620 und S.636; *Xinhua News Agency*, 11.9. und 18.9.99.

zu beschleunigen. Während zu Beginn des Reformprozesses der Außenwirtschaft nur eine komplementäre Funktion zugewiesen wurde, veränderte sich ihre Bedeutung, und die Außenwirtschaft erhielt eine Schlüsselfunktion für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Die Einbindung Chinas in die globalen Strategien ausländischer Unternehmen, zunächst aus der asiatischen Region und zunehmend aus den westlichen Industrieländern, war mit einem starken Zustrom von ausländischem Kapital und einem Transfer von Technologie und Management-Know-how verbunden. Die Unternehmen mit Auslandskapital trugen vor allem seit Beginn der 90er Jahre zu Chinas internationaler Wettbewerbsfähigkeit und zum Aufstieg als neungrößtes Exportland im Jahre 1998 bei. Auf diese Unternehmen entfiel ein Anteil von 41% der gesamten Exporte im Jahre 1997, und sie beschäftigten rd. 10% der gesamten städtischen Arbeitskräfte. Unter den Rahmenbedingungen knapper Finanzmittel für die wirtschaftliche Modernisierung erhielten ausländische Direktinvestitionen (ADI) außerdem eine komplementäre Rolle bei der Bildung von Anlageinvestitionen (Tabelle 10).

In welchem Ausmaß China bereits in die Weltwirtschaft integriert ist, darüber kann die Außenhandelsquote zumindest einen ersten Hinweis geben. Chinesischen Angaben zufolge betrug der Anteil des Außenhandels am BIP im Jahre 1978 rd. 10% und stieg bis 1998 auf 34%.³⁹ Wird nicht der offizielle Wechselkurs bei der Ermittlung des BIP herangezogen, sondern die Kaufkraftparität, dann liegt der Indikator bei lediglich 10% im Jahre 1995. Damit würde die Handelsöffnung Chinas deutlich niedriger sein als offiziell ausgewiesen und vergleichbar mit der Brasiliens im Jahre 1995.⁴⁰ Allerdings ist die Außenhandelsquote als Indikator für die Globalisierung nur beschränkt aussagefähig. So weisen Hein und Betz darauf hin, daß dieser Indikator nicht den veränderten Charakter des Handels im Globalisierungsprozeß berücksichtigt, insbesondere die Bedeutung des Intra-Konzernhandels und des Handels mit Komponenten statt mit Rohstoffen und Fertigwaren.⁴¹

Wird der hohe Anteil des Veredlungshandels am Gesamtexport als Maßstab herangezogen, ergibt sich das Muster einer engen Einbindung in globale Produktionsnetzwerke. So belief sich das Volumen der Veredlungsexporte an den Gesamtexporten 1998 auf rd. 173 Mrd. US\$ bzw. betrug 53%.⁴² Diese Entwicklung ist beispielhaft für die Globalisierung, die durch eine immer größere Arbeitsteilung geprägt ist. Die sinkenden Telekommunikations- und Transportkosten erlaubten eine Aufteilung der Wertschöpfungsketten und ermöglichten es den Unternehmen, verschiedene Produktionsphasen in Länder mit entsprechenden komparativen Vorteilen auszulagern. Aufgrund spezieller Anreize im Rahmen der außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik gelang es China, diese Art des Handels auszuweiten.⁴³

Während sich der Zustrom von langfristigem Auslandskapital in Form von ADI in den 90er Jahren erheblich erhöht hat, wurden die Finanzmärkte nicht in demselben Umfang für ausländische Investoren geöffnet. So können bisher nur in sehr beschränkter Zahl B-Aktien an den zwei Wertpapierbörsen in Shanghai und Shenzhen von ausländischen Anlegern erworben werden. Deshalb blieben Portfolioinvestitionen wesentlich geringer als ADI. Zwischen 1993-94 belief sich das Portfoliokapital in Relation zum BIP auf lediglich 0,7-0,9% und lag 1995 und 1996 noch unterhalb dieser Marge.⁴⁴

Die binnenwirtschaftliche Liberalisierung war die Voraussetzung für Chinas Integration in die globale Wirtschaft. Diese wurde durch eine aktive außenwirtschaftliche Reformpolitik mit Förderung spezieller Standorte unterstützt. Diese erhielten Sonderrechte für die Ansiedlung von Auslandsunternehmen und für Experimente mit marktwirtschaftlichen Reformen. Die Sonderwirtschaftszonen lagen in unmittelbarer Nähe zu Hongkong und Taiwan, die neben anderen asiatischen Ländern als mög-

nalstaatliche Steuerung, unveröffentlichtes Manuskript, Hamburg, 1998.

⁴²Xinhua News Agency, 17.9.99.

⁴³Krugman, Paul (1995), *Growing World Trade: Causes and Consequences*, Brookings Papers on Economic Activity 1. Brookings Institution, Washington, D.C., zitiert in World Bank (1997), *China 2020: China Engaged. Integration with the Global Economy*, Washington, D.C., S.10.

⁴⁴Ebenda, S.23 f.

³⁹Xinhua News Agency, 17.9.99.

⁴⁰World Bank (1997), *China 2020: China Engaged. Integration with the Global Economy*. Washington, D.C., S.6.

⁴¹Hein, Wolfgang und Joachim Betz, *Globalisierung und natio-*

liche Investoren angesehen wurden. Tatsächlich wurden die asiatischen NIEs im Zeitraum 1979 bis 1993 mit einem Anteil von 85% die wichtigsten Herkunftsländer und -regionen für ADI; Hongkong trug mit 73% zum gesamten Zustrom von ADI bei. Aus den entwickelten Industrieländern wie Japan und den USA flossen bis 1993 lediglich zusammen 9,3% der ADI nach China. Bis 1997 veränderte sich die Gewichtung der Herkunftsländer allerdings. Nach wie vor stammt zwar noch etwas mehr als die Hälfte (56,7%) der ADI aus den asiatischen NIEs, doch hat sich die Bedeutung Hongkongs auf 41% reduziert.⁴⁵

Während die außenwirtschaftliche Öffnung in den ersten Jahren regional auf die Sonderwirtschaftszonen und inhaltlich auf exportorientierte Verarbeitungs- und Dienstleistungsaktivitäten begrenzt wurde, um mögliche negative Nebenwirkungen auf die Gesamtwirtschaft zu beschränken, änderte sich die Strategie ab Ende der 80er Jahre. Die zunehmende Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und die Überwindung der inländischen Knappheiten eröffneten die Möglichkeit einer stärker exportorientierten Entwicklungsstrategie. Die Regierung ging davon aus, daß zunächst die Küstenregion und später die Inlandsregionen ihre komparativen Kostenvorteile, insbesondere niedrige Löhne, zur Integration in die Weltwirtschaft nutzen und sowohl die Beschaffung von Rohstoffen und Halbfertigwaren als auch den Absatz der Produkte auf dem Weltmarkt durchführen sollten.⁴⁶ In den 90er Jahren verbesserten sich durch die Liberalisierung des gesamten Außenwirtschaftssystems zwar auch für die Inlandsprovinzen die Rahmenbedingungen für die außenwirtschaftliche Integration, doch die Küstenregionen erhielten nach wie vor die meisten ADI und blieben bei weitem stärker mit der globalen Wirtschaft verflochten als die Inlandsregionen.

Tabelle 11: Grunddaten zum Außenhandel der VR China

	1981	1998
Außenhandel in Mrd. USD	44,03	323,9
Anteil Industriegüter (%)	53,00	89,0
Außenhandelsquote (%)	15,00	34,0
Importe in Mrd. USD	22,02	140,2
Exporte in Mrd. USD	22,01	183,8

Quelle: *China Statistical Yearbook*, verschiedene Jahrgänge; XNA, 17.9.99.

Chinas Außenhandelserfolg hat die optimistischen Prognosen über die Entwicklung des Landes zur Weltwirtschaftsmacht stark beeinflusst. Zwischen 1981 und 1998 vergrößerte sich das Außenhandelsvolumen von 44 Mrd. US\$ auf 324 Mrd. US\$ (Tabelle 11). Nach WTO-Statistiken war China weltweit im Jahre 1998 das neuntgrößte Export- und das elftgrößte Importland. Da die Ausfuhren eine größere Dynamik aufwiesen als die Importe, vergrößerte sich der Außenhandelsüberschuß zwi-

schen 1990 (8,7 Mrd. US\$) und 1998 (44 Mrd. US\$) beträchtlich. Von der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung in Chinas Nachbarstaaten wurden Außenhandel und Kapitalzustrom seit Mitte 1997 ebenfalls betroffen. Während der Außenhandel 1997 noch wesentlich zum gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstempo beigetragen hatte, kam dieser Wachstumsmotor 1998 beträchtlich ins Stocken.

7 Soziale Herausforderungen als Begleiterscheinung der Transformation

Die sozialen Herausforderungen im wirtschaftlichen Transformationsprozeß konzentrieren sich insbesondere auf Fragen der Beschäftigung, auf den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und auf die Einkommensverteilung. Im folgenden wird die Betrachtung im wesentlichen nur auf die Frage der überbetrieblichen Absicherung bei Arbeitslosigkeit und auf die soziale Mindestsicherung beschränkt.

Im Gegensatz zu anderen Transformationsländern sah sich China in der Anfangsphase der Wirtschaftsreform keinem Einbruch der Beschäftigung und einer damit verbundenen sozialen Destabilisierung gegenüber. Zwar führte die Auflösung der kollektiven Produktionsstrukturen in den ländlichen Gebieten dazu, daß viele Beschäftigte nicht mehr für die landwirtschaftliche Produktion benötigt wurden, doch absorbierten die neu gegründeten Industrie- und Dienstleistungsbetriebe auf dem Land rd. 92 Mio. Arbeitskräfte (1997).⁴⁷ Weiterhin konnten durch die Lockerung der Migrationsbeschränkungen rd. 100 Mio. Arbeitskräfte in den Städten eine Beschäftigung finden. Allerdings hat die Absorption überschüssiger ländlicher Arbeitskräfte durch diese Betriebe in den letzten Jahren nachgelassen. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums, dem die Gemeinde- und Dorfunternehmen verwaltungsmäßig unterstellt sind, konnten diese Unternehmen zwischen 1991 und 1995 im Durchschnitt pro Jahr 7,2 Mio. Arbeitskräfte aufnehmen. Im Jahre 1996 stellten die Unternehmen jedoch nur 6,6 Mio. und 1997 lediglich 4 Mio. Arbeitskräfte ein.⁴⁸

In den Städten entstanden durch die Zulassung von nichtstaatlichen Unternehmen neue Arbeitsplätze, so daß zunächst kaum ein Handlungsdruck für die Regierung bestand, eine Liberalisierung des städtischen Arbeitsmarktes begleitend zur Reform des Staatssektors durchzuführen. Die Situation veränderte sich jedoch ab Mitte der 90er Jahre, denn die staatlichen und kollektiveigenen Unternehmen setzten zunehmend Arbeitskräfte frei, und die Zahl der neu auf den städtischen Arbeitsmarkt drängenden Arbeitskräfte überstieg das Arbeitsangebot in zunehmendem Maße. Damit nahm die Arbeitslosigkeit schnell zu. Nach Berechnungen der Weltbank waren Mitte 1998 rd. 8,1% der städtischen Beschäftigten arbeitslos. In dieser Arbeitslosenquote sind sowohl die offiziell als arbeitslos registrierten Arbeitskräfte (Arbeitslosenquote 3,1%) als auch die betriebsintern freigesetzten Arbeitskräfte (*via gang*) enthalten.⁴⁹

⁴⁵Friederike Bosse und Margot Schüller (1998), „Ausländische Direktinvestitionen in der VR China: Neuere Entwicklungen in den 90er Jahren und die besondere Rolle Japans“, *China aktuell*, Dezember, S.1320-1333.

⁴⁶Zhong Hong und Frank Müller (1995), „Strategien der chinesischen Außenwirtschaftspolitik“, in: Bass/Schüller (Hrsg.), *Weltwirtschaftsmacht China*, Hamburg, S. 36-57.

⁴⁷*China Statistical Yearbook 1998*, S.127.

⁴⁸World Bank (1999), *China. Weathering the Storm and Learning the Lessons*, Washington, D.C., S.39.

⁴⁹Ebenda, S.38.

Tabelle 13: Struktur der städtischen Beschäftigung in China im Vergleich 1978 und 1997

	Arbeitskräfte (Mio.)		Struktur der städtischen Beschäftigten (Mio.)	
	1978	1997	1978	1997
Gesamtbeschäftigung	401,52	696,00		
Städtische Beschäftigte	95,14	202,07	100	100
Staatseigene Einheiten	74,51	110,44	78,3	54,7
Kollektiveinheiten	20,48	28,83	21,5	14,3
Anteilsgesellschaften	..	5,12	..	2,5
Unternehmen mit Auslandskapital, überseechin. Unternehmen, sonstige	..	5,99		2,9
Privatunternehmen	0,15*	7,50	0,2	3,7
Selbständige	..	19,9	..	9,5
sonstige	..	25,0	..	12,4

* Bezieht sich auf Privatunternehmen und Selbständige.

Quelle: *China Statistical Yearbook 1998*, S.127.

Tabelle 12: Offizielle und geschätzte Arbeitslosenquote in ausgewählten Provinzen Ende 1997

Provinzen	Offizielle Arbeits- losenquote	Geschätzte Arbeits- losenquote
Beijing	0,6	1,6
Guangdong	2,5	5,3
Hebei	1,9	5,3
Hubei	3,5	9,7
Shandong	3,5	8,0
Sichuan	3,7	10,2
Guizhou	6,2	12,0
Heilongjiang	3,0	12,2
Liaoning	3,6	12,7
Nationaler Durchschnitt	3,1	8,1

Quelle: World Bank (1999), *China. Weathering the Storm and Learning the Lessons*, Washington, D.C., S.39.

Während eine Arbeitslosenquote von rd. 8% nicht besonders hoch erscheint, ist jedoch regional betrachtet das Problem der Arbeitslosigkeit teilweise sehr drängend. Vor allem in den Provinzen Nordost- und Südwestchinas, die einen hohen Anteil unrentabler Staatsbetriebe aufweisen, ist die strukturell bedingte Arbeitslosigkeit stark verbreitet (Tabelle 12). In diesen Regionen ist das Verhältnis von entlassenen Arbeitskräften zur Gesamtzahl der Arbeitskräfte auch besonders groß. Während im Landesdurchschnitt im Jahre 1998 zwischen 17-18% bzw. jeder sechste Arbeiter in den Städten freigesetzt wurde, lag diese Quote in Liaoning bei 22,4%, in Hunan bei 21,3% und in Jilin bei 20%. Neben der regionalen Konzentration der Arbeitslosigkeit sind einige Branchen vor allem von einem Strukturwandel und massiven Entlassungen betroffen. Hierzu zählen Kohleindustrie, Maschinenbau, Textilindustrie, Metallurgie und die Rüstungsindustrie.⁵⁰

Da mehr als die Hälfte der städtischen Arbeitskräfte in Staatsbetrieben beschäftigt ist, die schätzungsweise

zwischen 20-30% überschüssige Arbeitskräfte aufweisen, ist das Potential der Arbeitslosigkeit relativ hoch. Bezogen auf das Jahr 1997, kann von rd. 30 Mio. überschüssiger Arbeitskräfte ausgegangen werden, die in den nächsten Jahren freigesetzt werden (Tabelle 13). Die Weltbank rechnet mit 16-36 Mio. überschüssiger Arbeitskräfte, von denen bereits 10 Mio. freigesetzt wurden.⁵¹ Mittelfristig könnte der Überschuss bis zum Jahr 2001 bzw. bis maximal 2004 abgebaut werden, wenn von einem natürlichen Rückgang von jährlich 1,2 Mio. Arbeitskräften und Entlassungen der Staatsbetriebe in Höhe von 3,5 Mio. Arbeitskräften pro Jahr ausgegangen wird. In der Übergangsphase bis zum Abbau des Beschäftigungsüberhangs empfiehlt die Weltbank der chinesischen Regierung, ein beschäftigungssicherndes Wachstum zu fördern, da mit jedem Rückgang des BIP-Wachstums um 1 Prozent eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um mehr als 1 Mio. Menschen verbunden sein könnte. Auch wenn die Reduzierung der überschüssigen Arbeitskräfte ein Übergangsproblem sein sollte und bei einem Wirtschaftswachstum von rd. 7% pro Jahr zusätzliche Arbeitsplätze in einem Umfang von 5-6,5 Mio. geschaffen werden könnten, würde dies den Arbeitsmarkt nicht völlig entspannen. Um die zusätzlich auf den städtischen Arbeitsmarkt drängenden Arbeitskräfte absorbieren zu können, deren Zahl durch das Wachstum der städtischen Erwerbsbevölkerung, die Migration ländlicher Arbeitskräfte in die Städte und durch die Entlassungen staats- und kollektiveigener Unternehmen bestimmt wird, müßte der informelle Sektor zusätzlich 3 Mio. Arbeitskräfte pro Jahr aufnehmen.⁵²

Ohne ausreichende soziale Absicherung ist der Abbau überschüssiger Arbeitskräfte von sozialer Instabilität begleitet. Konfrontiert mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze und ohne ausreichende überbetriebliche Sicherung, trafen Entlassungen auf den Widerstand der städtischen Industriearbeiter. Illegale Streiks, Arbeiterproteste und die Bildung inoffizieller Arbeiterorganisationen haben sich in den letzten Jahren drastisch erhöht. Soziale Unruhen und Arbeiterproteste beeinträchtigen jedoch die politische Le-

⁵⁰Angaben des chinesischen Ökonomen Hu Angang von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften in der Zeitschrift *Zhongguo Jingji Shibao* Anfang September 1999, in: SWB FE/D3635/CNSD 09.9.99.

⁵¹Nach Einschätzung von Hu Angang ist mit Freisetzungen von 10-15 Mio. Arbeitskräften in staatseigenen Unternehmen in den kommenden drei Jahren zu rechnen, a.a.O.

⁵²Ebenda, S.60-61.

gitimität der KPCh.⁵³ Daß viele Arbeitslose keine ausreichende soziale Absicherung erhalten, liegt insbesondere am unzureichend entwickelten Sozialversicherungssystem sowie am dezentralisierten fiskalischen System. So sind die lokalen Behörden, insbesondere die Städte, für die soziale Sicherung verantwortlich. Da die lokalen Haushalte keine Defizite ausweisen dürfen, können jedoch gerade solche Städte, die von dem Strukturwandel stark betroffen sind und sowohl viele Arbeitslose als auch geringere Steuereinnahmen haben, ihre Verpflichtungen oft nicht ausreichend erfüllen. Dies betrifft einkommenssichernde und einkommensunterstützende Maßnahmen sowie Wiederbeschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslose, Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung sowie die Sicherung von Mindesteinkommen.⁵⁴

Seit Mitte der 80er Jahre gibt es die ersten gesetzlichen und institutionellen Grundlagen für eine Arbeitslosenversicherung, die im Zusammenhang mit der Zulassung von Unternehmen mit Auslandskapital sowie der Einführung von Arbeitsverträgen mit Kündigungsrechten von vertraglich angestellten Arbeitskräften entstanden sind. Die „Vorläufigen Bestimmungen über die Versicherung von Angestellten und Arbeitern staatlich betriebener Unternehmen für die Zeit des Wartens auf Arbeit“⁵⁵ sahen den Aufbau von Arbeitslosenversicherungsfonds auf lokaler Ebene vor, in die jedes Staatsunternehmen 1% der Lohnsumme (ohne Boni) einzuzahlen hatte. Der Fonds sollte außerdem durch Zinsen sowie Zuschüsse der Lokalregierungen aufgestockt werden. Die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung aus dem Fonds war auf zwei Jahre beschränkt und richtete sich jeweils nach der Dauer der vorangegangenen Beschäftigungszeit und den Ursachen der Arbeitslosigkeit.⁵⁶

Die Richtungsentscheidung für die sozialistische Marktwirtschaft und der im November 1993 veröffentlichte „Beschuß des Zentralkomitees der KPCh über einige Fragen zur Einführung der sozialistischen Marktwirtschaft“ hob die Bedeutung des Aufbaus sozialer Sicherungssysteme nochmals hervor.⁵⁷ Mit dem Inkrafttreten des Arbeitsgesetzes zum 1. Januar 1995 wurde der Anspruch Arbeitsloser auf Unterstützung aus der Sozialversicherung gesetzlich festgeschrieben.⁵⁸ Außerdem

⁵³Schüller, Margot (1998), „Globalisierung, Liberalisierung und soziale Stabilisierung in China“, in: *NORD SÜD aktuell*, 1998, No. 3, S.512-523.

⁵⁴Siehe hierzu World Bank (1999), a.a.O., S.41-42.

⁵⁵Für Arbeitslose wurde zu diesem Zeitpunkt noch die Umschreibung „auf Arbeit wartend“ (*dengye*) benutzt.

⁵⁶In der Provinz Heilongjiang gab es folgende Staffellung: Bei Arbeitslosigkeit aufgrund eines Konkurses des Unternehmens wurden 75% des ursprünglichen Lohns gezahlt, Arbeiter, deren Verträge abgelaufen waren und die nicht weiter beschäftigt werden konnten, erhielten 70%, bei eigener Kündigung wurden nur 60% gezahlt. Im zweiten Jahr der Arbeitslosigkeit hatten alle Arbeitslosen nur noch einen Anspruch von 50%. Siehe hierzu Fischer, Doris et al (1996), „Reformen und Entwicklung der sozialen Sicherung in der VR China“, in: Schinke/E./Zhong Hong (Hrsg.), *Ordnungsreform und Entwicklung der chinesischen Wirtschaft in den 90er Jahren*, Berlin, S.325-370, hier S.356-357. Zur Situation in der Provinz Jiangxi siehe „Jiangxi erläßt Bestimmungen zur Arbeitslosenversicherung“, *China aktuell*, 1995, Februar, S.116.

⁵⁷Siehe dazu „KPCh-Tagung verabschiedet Dokument über Ziele und Prinzipien der sozialistischen Marktwirtschaft“, *China aktuell*, 1993, November, S.1094-1095.

⁵⁸Siehe die §§70-74 im *Arbeitsgesetz der Volksrepublik China*, übersetzt von Yubo Wang und Geno Hohenberg, in: *China aktu-*

wurden seit 1998 die Zahlungen in den Fonds auf 3% der Lohnsumme erhöht, und eine Beteiligung der Beschäftigten festgelegt. Anspruch auf Arbeitslosenzahlungen haben nicht die *xiagang*-Arbeitskräfte, da sie ja offiziell auch nicht arbeitslos sind. Arbeitskräfte müssen sich nach ihrer Freisetzung in den Zentren für Wiederbeschäftigungsmaßnahmen in ihren Unternehmen registrieren. Von dieser Stelle erhalten sie eine monatliche Zahlung von 140 bis 380 Yuan. Diese Mittel werden gemeinsam von der Lokalregierung, dem Arbeitslosenversicherungsfonds und den Unternehmen bereitgestellt. In den Zentren bleiben die freigesetzten Arbeitskräfte bis maximal drei Jahre. Nach dieser Zeit können die Arbeitskräfte, die keine neue Beschäftigung gefunden haben, für einen Zeitraum von zwei Jahren eine Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung erhalten. Anschließend haben sie noch Anspruch auf Sozialhilfe, für die das Ministerium für Zivilangelegenheiten zuständig ist.⁵⁹ Die Aufteilung der Mittel aus dem Arbeitslosenversicherungsfonds weist auf die besondere Bedeutung dieser Wiederbeschäftigungszentren hin. Im Jahre 1997 floßen beispielsweise rd. die Hälfte der Mittel aus dem Arbeitslosenversicherungsfonds direkt an Arbeitslose, während die restlichen Mittel den Wiederbeschäftigungszentren zur Verfügung gestellt und für Weiterqualifizierungsmaßnahmen verwandt wurden.⁶⁰ Die Gesamtzahl der in das Arbeitslosenversicherungssystem einbezogenen Arbeitskräfte hat sich schrittweise erhöht und lag im September 1999 bei 94,8 Mio. Personen, das war rd. die Hälfte aller städtischen Arbeitskräfte.⁶¹

Mit wachsender Arbeitslosigkeit ist die finanzielle Aufstockung der unzureichenden Mittel des Arbeitslosenfonds zu einem dringenden Problem geworden. So erhielten beispielsweise 1994 von den 4,764 Mio. als arbeitslos registrierten Personen lediglich 1,965 Mio. eine Unterstützung aus dem Arbeitslosenfonds. Insgesamt wurden 507,5 Mio. Yuan ausgezahlt, so daß im Durchschnitt auf jeden Arbeitslosen rd. 260 Yuan pro Jahr entfielen.⁶² Von einem Gesamtvolumen der Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 1,39 Mrd. Yuan im Jahre 1996 und von 1,87 Mrd. Yuan im Jahre 1997 erhielten rd. 56-60% der Anspruchsberechtigten eine Leistung, die sich monatlich pro Person auf 35 bis 59 Yuan belief.⁶³ Um die Mittel in den lokalen Fonds zu erhöhen und besonders betroffene Regionen zu unterstützen, wurden von der Zentralregierung 1998 rd. 8 Mrd. Yuan zusätzlich bereitgestellt, das waren ca. 1% der gesamten Ausgaben im Haushalt. Weitere 6,8 Mrd. Yuan wurden als Subventionen für die Staatsunternehmen bereitgestellt, die direkt der Zentralregierung zugeordnet sind. Trotzdem erhielten lediglich 80% der Anspruchsberechtigten bis zum 3. Quartal 1998 eine Arbeitslosenunterstützung.⁶⁴

ell, 1995, Juni, S.504-510.

⁵⁹World Bank (1999), a.a.O., S.42; „Zunehmende Herausforderung für Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“, *China aktuell*, 1999, S.342-343.

⁶⁰World Bank (1999), a.a.O., S. 42.

⁶¹„94,8 Mio. Chinese Workers Register with Unemployment Insurance System“, Xinhua News Agency, 3.11.99, internet edition.

⁶²Siehe Fischer et al, a.a.O., S.358.

⁶³Angaben des chinesischen Ökonomen Hu Angang von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften in der Zeitschrift *Zhongguo Jingji Shibao* Anfang September 1999, in: SWB FE/D3635/CNSD 09.9.99.

⁶⁴World Bank (1999), a.a.O., S.42.

Die Zahlungen aus dem Arbeitslosenfonds sind i.d.R. zu niedrig, um davon leben zu können. Aus diesem Grund wurden die Lokalregierung in den Städten vom Ministerium für Zivilangelegenheiten im Jahre 1994 aufgerufen, ein Existenzminimum für Bedürftige auf der Basis verschiedener Indikatoren festzulegen. Hierzu zählen insbesondere Lebensstandard, soziales Entwicklungsniveau sowie Preisniveau, deren Höhe lokal sehr unterschiedlich ist. Bis Ende 1998 hatten 584 der 668 Städte ihr lokales Existenzminimum bestimmt. Allerdings sind gerade die wirtschaftlich schlechter gestellten Regionen nicht in der Lage, den Ansprüchen auf Sozialhilfe gerecht zu werden, so daß ein regional sehr unterschiedliches Niveau der sozialen Grundsicherung besteht. Dies ist auch der Hintergrund dafür, daß lediglich 2,4 Mio. der schätzungsweise 12,8 Mio. Anspruchsberechtigten eine soziale Unterstützung erhalten.⁶⁵

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß mit der Liberalisierung der binnenwirtschaftlichen Industriestrukturen die Umstellung der bis dahin über die Staatsunternehmen stattfindenden Absicherung der Beschäftigten vor Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit, etc. auf überbetriebliche Sicherungssysteme notwendig wurde. Da im Falle der Arbeitslosigkeit keine überbetriebliche Sicherung bestand, wurden bis vor wenigen Jahren die Möglichkeit zu Entlassungen kaum praktiziert, freigesetzte Arbeitskräfte zunächst betriebsintern absorbiert und mit einem Mindestlohn materiell abgesichert. Seit Mitte der 90er Jahre sind deutlich mehr Arbeitskräfte über Konkurse von Staatsunternehmen freigesetzt worden, allerdings ist ihre Arbeitslosenunterstützung hinsichtlich Dauer und Höhe sehr beschränkt und bedeutet für entlassene Arbeitskräfte i.d.R. den sozialen Abstieg.

Zu den sozialen Herausforderungen im Transformationsprozeß zählt auch der Aufbau einer überbetrieblichen Altersversorgung, die Voraussetzung für eine größere Mobilität der Arbeitskräfte und dringend erforderlich ist, um die Staatsunternehmen von den hohen Rentenzahlungen zu entlasten und mit nichtstaatlichen Unternehmen gleichzustellen. Allein zwischen 1990 und 1995 stieg die Zahl der von den Staatsbetrieben zu unterhaltenden Rentner von 13,2 Mio. auf 22,4 Mio. Personen, und die Ausgaben für Rentenzahlungen verdoppelten sich.⁶⁶ Auch unter längerfristigen Gesichtspunkten ist die Schaffung eines überbetrieblichen Rentensystems notwendig geworden, da Schätzungen zufolge der Anteil der über 60jährigen an der Gesamtbevölkerung von 10,2% im Jahre 2000 auf 16% im Jahre 2020 steigen wird. Aufgrund der Ein-Kind-Politik wird die Überalterung in den Städten die größte Herausforderung darstellen. So geht die chinesische Regierung davon aus, daß sich die Zahl der Rentner von 14,8% im Jahre 1990 auf 47,3% im Jahre 2030 erhöhen könnte und aus den Rentenzahlungen eines Kindes dann zwei Eltern und vier Großeltern versorgt werden müßten.⁶⁷

8 Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung

Trotz der zahlreichen Herausforderungen bei der Transformation des Wirtschafts- und Sozialsystems der VR China gehen die meisten Prognosen davon aus, daß die in China in den letzten zwanzig Jahren wirksamen Wachstumskräfte auch zukünftig den Entwicklungsprozeß fördern werden. Zu den Stärken Chinas zählt die Weltbank in ihrer Prognose bis zum Jahr 2020 u.a. die relative Stabilität, die bemerkenswert hohen Sparquoten, erfolgreiche pragmatische Reformen, die disziplinierte und alphabetisierte Erwerbsbevölkerung, die unterstützend wirkende chinesische Diaspora sowie Verbesserungen in der Verwaltungskapazität. Damit sich diese Kräfte schnell entfalten können, fordert die Weltbank, die Marktentwicklung weiter zu stärken, insbesondere durch die Reform der Staatsunternehmen, des Finanzsystems, des Getreide- und Arbeitsmarktes sowie durch den Aufbau einer rechtlichen, sozialen, physischen und institutionellen Infrastruktur. Als zusätzliche Voraussetzungen werden die weitere Integration in die Weltwirtschaft durch Senkung der Importbarrieren sowie durch Verbesserung der Transparenz des Außenwirtschaftssystems und die schrittweise Integration in die internationalen Finanzmärkte angesehen.⁶⁸

Hinsichtlich der aktuellen Probleme empfiehlt die Weltbank der chinesischen Regierung, ein beschäftigungssicherndes Wachstum zu fördern, da mit jedem Rückgang des BIP-Wachstums um 1 Prozent eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um mehr als 1 Mio. Menschen verbunden sein könnte. Auch wenn der Abbau der überschüssigen Arbeitskräfte ein Übergangsproblem sein sollte und bei einem Wirtschaftswachstum von rd. 7% pro Jahr zusätzliche Arbeitsplätze in einem Umfang von 5-6,5 Mio. geschaffen werden könnten, würde dies den Arbeitsmarkt nicht völlig entspannen. Um die zusätzlich auf den städtischen Arbeitsmarkt drängenden Arbeitskräfte absorbieren zu können, deren Zahl durch das Wachstum der städtischen Erwerbsbevölkerung, die Migration ländlicher Arbeitskräfte in die Städte und durch die Entlassungen staats- und kollektiveigener Unternehmen bestimmt wird, müßte der informelle Sektor zusätzlich 3 Mio. Arbeitskräfte pro Jahr aufnehmen.⁶⁹

Maddison weist in seiner OECD-Studie darauf hin, daß Länder wie China trotz ihrer Situation relativer Rückständigkeit die Möglichkeit haben, hohe Wachstumsraten zu realisieren. Notwendig dafür sei, daß sie ihre physischen Ressourcen und ihr Humankapital effektiv mobilisieren, ausländische Technologien übernehmen und die Chancen der Spezialisierung im Rahmen der Integration in die Weltwirtschaft nutzen. China habe nach Einschätzung von Maddison in der Reformperiode die Fähigkeit gezeigt, nahezu alle Voraussetzungen für ein hohes Wachstum zu schaffen, und es gäbe kaum einen vernünftigen Grund anzunehmen, daß dies nicht auch zukünftig der Fall sein wird. Allerdings geht Maddison davon aus, daß das Wirtschaftswachstum in der nächsten Dekade geringer als in den letzten zwanzig Jahren ausfallen wird. Bezogen auf den Zeitraum 1995 bis 2015, rech-

⁶⁵Ebenda; „Existenzminimum definiert“, *China aktuell*, 1995, S.283.

⁶⁶World Bank (1997), *China 2020. Pension Reform in China. Old Age Security*, Washington, D.C., S.14-15.

⁶⁷Ebenda, S.14.

⁶⁸World Bank (1997), *China 2020. Development Challenges in the New Century*. Washington, D.C, S.ix.

⁶⁹World Bank (1999), *China. Weathering the Storm and Learning the Lessons*, Washington, D.C, S.60-61.

net Maddison mit einem realen Zuwachs des Pro-Kopf-BIP von 4,5% pro Jahr.⁷⁰ Zu den binnenwirtschaftlichen Problemen, die Chinas Wachstum beeinträchtigen könnten, zählt Maddison 1. die Schließung vieler staatlicher Verlustunternehmen, 2. die Transformation des Finanzsystems und den notwendigen Abbau von uneinbringlichen Krediten sowie 3. die Stärkung der fiskalischen Position der Zentralregierung. Diese Aspekte zählt Maddison zu den klassischen Problemen, denen sich alle Transformationsländer gegenübersehen.⁷¹

Auf das Dilemma zwischen schneller Reform und sozialer Stabilität weist eine Prognose der Economist Intelligence Unit (EIU) von 1998 hin. Eine Reduzierung des Reformtempo wird sich der Studie nach zwar kurzfristig nicht auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken, könnte in der ersten Dekade des kommenden Jahrhunderts jedoch zu einem deutlich niedrigeren Wirtschaftswachstum und Lebensstandard führen, als von der Regierung geplant ist. Bei einem hohen Reformtempo mit schneller Umstrukturierung der staatseigenen Unternehmen und Banken, mit Einführung einer marktorientierten Geldpolitik und dem Beitritt zur Welthandelsorganisation würde das durchschnittliche Wirtschaftswachstum bei 7,4% p.a. im Zeitraum 2001 bis 2010 liegen. Sollten die Reformen jedoch abgebremst werden, d.h. sollten weiterhin Bankkredite nach politischen Kriterien verteilt und die Investitionen des öffentlichen Sektors zur Deckung der Verluste der staatseigenen Unternehmen eingesetzt werden, dann rechnet die EIU nur mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 5,3% im oben genannten Zeitraum. Zwischen der ersten und der zweiten Politikoption besteht nach Einschätzung der EIU der Unterschied vor allem im jeweils erreichbaren Lebensstandard. So kann bei einem höheren Reformtempo ein Pro-Kopf-BIP von rd. 10.000 US\$ in Kaufkraftparität bis zum Jahr 2010 erwartet werden, bei einer Verlangsamung der Reformen jedoch nur ein Pro-Kopf-BIP von 4.600 US\$. Damit würde China entweder den Entwicklungsstand der Tschechischen Republik oder den Mexikos im Jahre 1995 erreichen.⁷²

In den Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung ist die Frage der politischen Stabilität größtenteils ausgeblendet, obwohl gerade diese als enormer Unsicherheitsfaktor gilt. Mit einer völligen Infragestellung der politischen Rolle der KPCh wird zwar kurzfristig im allgemeinen nicht gerechnet, doch es wird angenommen, daß die Entstehung eines komplexen, offenen sozialen und wirtschaftlichen Systems das politische Monopol der KPCh immer mehr unterhöhlen wird.⁷³ Wie jedoch die politische Entwicklung Chinas aussehen wird, ist derzeit nur schwer einschätzbar. Die Mehrheit der Bevölkerung gilt zumindest im Augenblick politisch als konservativ, elite- und autoritätsorientiert mit einer Präferenz für Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung gegenüber einer liberaleren Gesellschaft - nicht zuletzt auch aufgrund der ständigen Warnungen der Regierung vor einem politischen Chaos.⁷⁴

⁷⁰Maddison, a.a.O., S.95 und S.97.

⁷¹Ebenda, S.95.

⁷²Georgina Wilde (1998), *China to 2010*, Economist Intelligence Unit, London.

⁷³Ebenda, FT, 10.8.98.

⁷⁴Vgl. hierzu u.a. Yee, Herbert S.(1998), „Democracy and Political Participation: The Political Subculture of University Students in Guangzhou“, in: *Asian Journal of Political Science*, Vol. 6, No. 1,

S.30-52 und Zhong, Yang/Chen, Jie und Scheb, John (1998), „Mass Political Culture in Beijing“, in: *Asian Survey*, Vol. XXXVIII, No. 8, August, S.763-783.